

# Die Bürger sollen zu Wahlen gehen. Wenn die Wahlbeteiligung höher wäre, hätten extreme Parteien wie die NPD keinen Erfolg

Bundesinnenminister Schäuble im ZDF-Morgenmagazin-Interview am 10.11.2006

**Frage:** Die NPD mit ihrem Parteitag in der deutschen Hauptstadt, ist das auch für Sie eine besondere Symbolik?

**Antwort:** Die NPD ist insgesamt für mich abstoßend. Wo immer sie ihren Parteitag macht, ist es schade. Ich verstehe auch gut, dass man sich dagegen wehrt und dass der Trabverein sagt, wir möchten das nicht in unserem Lokal haben. Die Gerichte entscheiden. So sind die Grundfreiheiten unseres Landes... Darüber kann der Innenminister keine Empfehlungen geben. Aber am liebsten wäre mir, die NPD hätte keine Anhänger und sie würde keine Wähler finden.

**Frage:** Aber ist das nicht eine sehr verzwickte Situation... Der Trabverein kämpft jetzt dagegen, dass die NPD nicht auf seinem Territorium seinen Parteitag abhalten kann. Umgekehrt sagt der Staat, das ist eine zugelassene Partei. Sehen Sie da nicht auch einen Zwiespalt?

**Antwort:** Wir lassen Parteien nicht zu, sondern es ist so, unter ganz engen Voraussetzungen können wir Parteien verbieten... Die Demokratie beruht auf Wettbewerb. Wenn die einen die anderen verbieten können, ist es schwierig. Deswegen sind die Hürden für ein Parteien-Verbot sehr hoch. Nur das Bundesverfassungsgericht kann das machen. Das letzte Verfahren ist aus formalen Gründen gescheitert. Bei dem Trabverein geht es offenbar um die Frage, dass der Pächter des Lokals einen Vertrag abgeschlossen hat... Wie die Rechtslage zu klären ist, kann ich nicht im Fernsehen verkünden, das muss das Gericht entscheiden.

**Frage:** Können Sie verstehen, dass sich da manche Bürger allein gelassen fühlen?

**Antwort:** Ja, aber die Bürger sollen zu Wahlen gehen... Wenn die Wahlbeteiligung höher wäre, dann hätten extreme Parteien keinen Erfolg. Die Bürger sollen alle mithelfen. Wir machen es auch, Bund, Länder, Kommunen, was immer wir tun können. Wir wollen auch die Mittel verstärken, um aufzuklären, damit rechtsextremes Gedankengut, neonazistisches Gedankengut keine Zustimmung findet. Wir dürfen die jungen Menschen nicht allein lassen, wir müssen ihnen erklären, gerade auch die Älteren, wo es hingeführt hat..., was für ein entsetzlicher Abgrund in einem so kulturell hochstehenden, hochwertigen Land der Nationalsozialismus gewesen ist. Wir müssen ihnen auch attraktive Angebote machen für Freizeitverhalten, und wir müssen die sozialen Probleme lösen.

**Frage:** Wir dürfen die Jugend nicht allein lassen, ihr attraktive Angebote machen. Das scheint auch die neue Strategie der NPD zu sein. Da gibt es Hilfe im Dorfkindergarten, Betreuung für "Hartz IV"-Empfänger, Veranstaltungen von Zeltlagern für die ganze Familie. Das ist eine ganz neue Qualität... Wie erkennt man diese Unterwanderung?

**Antwort:** Die Parolen, die sie verbreiten, sind immer dieselben. Aber alle diese Angebote muss nicht nur die NPD machen. Das können doch andere auch...

**Frage:** Hat der Staat versagt, wenn die NPD in diese Lücke stößt?

**Antwort :** Nein ..., welcher Staat? Das sind die Steuerzahler, dann sind es die Regierungen, nein, das sind wir selber, Sie und ich und all die anderen 80 Millionen Menschen, die dafür sorgen müssen. Was die NPD kann, muss doch der Rest der Gesellschaft besser können, auch an Angeboten an jungen Menschen, ob es nun Jugendfeste sind oder Kindergärten oder was immer, Betreuung von Menschen, die Probleme haben. Das kann doch eine freiheitliche Gesellschaft leisten. Was die NPD kann, muss doch der Rest der Bevölkerung, die große Mehrheit, viel besser können.

**Frage :** ... Aber es gibt Dinge, die kann tatsächlich nur der Staat, zum Beispiel die Verfolgung von Straftaten. Die rechtsextremen Straftaten haben seit 2001 kontinuierlich zugenommen, zuletzt 15.361 im Jahr. Da ist doch die Polizei gefordert oder reicht deren Verfolgungsdruck da nicht aus?

**Antwort :** Doch ..., das sind alles Straftaten, die verfolgt werden und in die Statistik einfließen. Da wird wirklich getan, was getan werden kann innerhalb der Grenzen unserer Freiheitsordnung... Das Meiste sind die Propagandastraftaten. Die Verbreitung neonazistischen Gedankenguts ist unter Strafe gestellt. Aber es gibt auch eine Zunahme der Gewalttaten. Die werden mit aller Entschiedenheit verfolgt und bekämpft. Da tut die Polizei der Länder mit Hilfe des Bundes, was immer sie tun kann.